



Bundestags- brief

Nr. 165 • Die Woche im Bundestag • 06.02.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Die Filmwelt zu Gast bei Freunden – Auftakt zur Berlinale 2015

Auch in diesem Jahr trifft sich die internationale Filmwelt wieder in Berlin, und für ein paar Tage wird die deutsche Hauptstadt zur Hauptstadt des Films.

Ich freue mich sehr, dass es Dieter Kosslick und seinem Team einmal mehr gelungen ist, ein Programm zu entwickeln, bei dem sich politischer Anspruch und Unterhaltungswert die Waage halten.

Die Berlinale bietet dem anspruchsvollen Film mit klarer politischer Botschaft ein Forum. Sie ist eine Plattform für experimentelle Filme, die außergewöhnliche Wege im Stilistischen und im Inhaltlichen gehen. Gleichzeitig verschmäht sie aber auch nicht den etablierten Blockbuster, der mit Opulenz und Starbesetzung glänzt. Die Berlinale ist das Festival, das in der Vielfalt die Einheit herstellt.

Sie ist aber auch ein guter Anlass, um das vergangene Filmjahr einmal Revue passieren zu lassen. Ich meine: 2014 war ein gutes Jahr für den deutschen Film!

Für die Filmförderung standen insgesamt erneut mehr als 100 Millionen Euro zur Verfügung. Keine andere Kunstsparte erfreut sich einer so hohen Bundesförderung. Im vergangenen Jahr konnten allein über den Deutschen Filmförderfonds mehr als 111 Projekte gefördert werden.

Die Ergebnisse können sich dabei sehen lassen: Kassenerfolge wie jüngst etwa Till Schweigers „Honig im Kopf“ sind genauso vom DFFF gefördert worden, wie der letztjährige Berlinale-Eröffnungsfilm und nun neunmal Oscar nominierte „The Grand Budapest Hotel“ von Regisseur Wes Anderson.

Die gute Entwicklung des deutschen Films und des Filmstandorts Deutschland ist erfreulich.

Auch für die kommenden Jahre wollen wir sicherstellen, dass in Deutschland anspruchsvolle und erfolgreiche Filme gedreht werden können.

Deshalb hat der Bund entschieden, den 2007 als befristetes Instrument der Filmförderung eingeführten DFFF nunmehr auf hohem Niveau festzuschreiben.

War in der mittelfristigen Finanzplanung ursprünglich die stetige Absenkung der Förderhöhe vorgesehen, wie das bei einem befristeten Instrument nicht unüblich ist, so wird der DFFF nun dauerhaft mit einem Fördervolumen von 50 Millionen Euro ausgestattet.

Diese Entscheidung des Bundes ist mehr wert als eine kurzfristig höhere einmalige Förderung, weil sie nun endlich auf Dauer Klarheit schafft. Filmproduzenten, Schauspieler und alle weiteren Filmschaffenden erhalten so die lange gefährdete Planungssicherheit.

Der Bund bekennt sich zum DFFF und einer Förderhöhe von 50 Millionen Euro und die Filmbranche muss nicht jedes Jahr aufs Neue mit Bangen auf die Ergebnisse der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag warten.

Auch internationale Großproduktionen wissen mit dieser Entscheidung, was sie am Standort Deutschland erwartet: erfahrene Filmstudios mit eingespielten Teams, eine belastbare Infrastruktur und natürlich eine ausgewogene Mischung aus Förderprogrammen des Bundes und der Länder.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit dieser Weichenstellung die bisherigen Erfolge der deutschen Filmförderung sichern - und dafür sorgen können, dass der Filmstandort Deutschland auch weiterhin eine der ersten Adressen des internationalen Films bleibt.

Trauer um Richard von Weizsäcker

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist am vergangenen Samstag im Alter von 94 Jahren verstorben. Sein Tod erfüllt mich mit tiefer Trauer.

Gerade als Berliner Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion denke ich in besonderer Dankbarkeit an ihn zurück. Bereits drei Jahre nach seiner ersten Wahl zum Bundestagsabgeordneten wurde von Weizsäcker 1972 Stellvertretender Vorsitzender der Unions-Fraktion. In dieser Zeit hat er insbesondere die Deutschland- und Ostpolitik der CDU/CSU-Fraktion mitgeprägt. Von 1979 bis 1981 übte er das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages aus.

Dem in Stuttgart geborenen Weizsäcker war die Zukunft Berlins immer eine besondere Verpflichtung, nicht nur in seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin.

Im Juli 1984 wurde von Weizsäcker Bundespräsident. Er hat die Versöhnung und Aussöhnung mit unseren Nachbarn in Europa und mit Israel als eine besondere Verpflichtung und Aufgabe empfunden und gelebt, und zwar im Bewusstsein der geschichtlichen Verantwortung Deutschlands.

Als Präsident aller Deutschen wirkte er nach der Wiedervereinigung bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands mit. Auch nach seiner Amtszeit blieb seine Stimme für uns alle wichtig.

Deutschland verliert mit ihm einen Politiker und Staatsmann, der die parlamentarische Demokratie in Deutschland über Jahrzehnte maßgeblich geprägt und Deutschlands Ansehen in der Welt gemehrt hat. Wir verneigen uns vor einem großen Deutschen.

Europa braucht Recht und Verlässlichkeit

Das größte Problem Europas ist nicht eine neue Regierung in einem der EU-Mitgliedstaaten, sondern die nicht enden wollende Gewalt in der Ost-Ukraine. Zu einer der wichtigsten Lehren aus den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs gehört, dass es keine gewaltsame Änderung von Grenzen mehr geben darf.

Innerstaatliche Probleme sind friedlich zu lösen. Deswegen akzeptieren wir die russische Annexion der Krim und die andauernde Destabilisierung der Ukraine durch von Russland unterstützte Truppen nicht. Viel zu viele Menschen sind dieser brutalen Machtpolitik bereits zum Opfer gefallen. Es ist höchste Zeit für ernsthafte Gespräche.

Was Griechenland betrifft, bleibt es bei den getroffenen Vereinbarungen. Griechenland hat bereits viel europäische Solidarität erfahren. Ich erinnere nur an den bereits erfolgten Schuldenschnitt. Für die Hilfen sind feste Regeln vereinbart worden. So haben wir immer Wert darauf gelegt, dass der Internationale Währungsfonds beteiligt ist. Die Griechen müssen ihre Reform- und Sparanstrengungen fortsetzen.

Erfolgreich für den Frieden: Zivile Krisenprävention.

Seit 2004 verfolgt Deutschland einen Aktionsplan zur zivilen Krisenprävention, über den die Bundesregierung regelmäßig berichtet.

In dieser Woche haben wir den Bericht für die Jahre 2010 bis 2014 debattiert, in denen der Stellenwert der zivilen Krisenprävention in der deutschen Außenpolitik bei einer deutlichen Stärkung der hierfür zu Verfügung stehenden Kapazitäten weiter erhöht wurde. Schwerpunkt der Präventionsstrategie ist insbesondere die östliche sowie südöstliche Nachbarschaft unseres Landes.

Entscheidend für vorbeugende Konfliktvermeidung sind verlässliche staatliche Strukturen, die sich durch gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, aber auch die Beachtung der Menschenrechte auszeichnen. Im Rahmen der zivilen Krisenprävention wird auch die Herausbildung von gesellschaftlichen Entwicklungen unterstützt, die eine demokratische Teilhabe und Gestaltung ermöglichen.

Der Bericht verweist darüber hinaus auf die Schwerpunkte der Bundesregierung für die 18. Wahlperiode, wie sie etwa in der Zukunftscharta des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) oder den afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung deutlich werden.

Unser begleitender Antrag unterstreicht die zunehmende Bedeutung der zivilen Krisenprävention im Rahmen der deutschen Außenpolitik. Gerade in Deutschland bestehen gute Voraussetzungen für eine Verzahnung von staatlichem und bürgerschaftlichem Handeln mit dem Ziel der zivilen Konfliktprävention und der Friedenskonsolidierung.

Der vernetzte Einsatz der unterschiedlichen Möglichkeiten der verschiedenen Handlungsebenen erlaubt es erst, angemessen auf die oft asymmetrischen und komplexen Konflikte zu reagieren, deren Zunahme wir verzeichnen müssen.

Aus unserer Sicht ist es besonders erfreulich zu beobachten, dass der ressortübergreifende Ansatz der Bundesregierung effektiv zu einer Konflikt- und Krisenprävention beiträgt. Unsere zentrale Forderung ist es daher, diesen Ansatz weiter zu stärken. Auch innovative Ideen wie etwa der Einsatz „junger“ Pensionäre sollten hierbei Erwägung finden. Deutschland ist zudem in der Lage, Missionen von EU und VN zu unterstützen und sollte sich in diesem Rahmen noch deutlicher einbringen.

Sportbericht der Bundesregierung.

Der 13. Sportbericht zieht eine positive Bilanz der Sportpolitik im Zeitraum von 2010 bis 2013, die in der letzten Legislaturperiode maßgeblich durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion angestoßen und geprägt wurde.

Der Bericht würdigt insbesondere die hervorragenden Leistungen der deutschen Sportler in internationalen Wettbewerben in diesem Zeitraum, zu denen die Förderung des Spitzensportes einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

Die Rahmenbedingungen sind insbesondere auch beim Leistungssport von Menschen mit Behinderungen sowie für Trainer im Spitzensport verbessert worden.

Auch werden Wege für eine effektivere Bekämpfung von Doping und von Manipulationen im Sport aufgezeigt, die aktuell auf der politischen Agenda stehen. Ebenfalls im Bericht dokumentiert sind die „Berliner Erklärung“ des Jahres 2013 sowie die Umstände der deutschen Bewerbungen für die Ausrichtung internationaler Sportwettkämpfe.

Der Bericht dokumentiert, wie die ressortübergreifenden sportpolitischen Maßnahmen zu einer Erfolgsbilanz des deutschen Sports beitragen, aber auch, wo ein effizienteres Handeln möglich ist. Er enthält das klare Bekenntnis, mit einer erneuten Olympiabewerbung den Standort Deutschland als Sportnation zu stärken.

Frankfurt/Main drittgrößter Flughafen in der EU

Der Rhein-Main-Flughafen gehört zu den drei größten Passagierflughäfen in der Europäischen Union: 2013 starteten beziehungsweise landeten hier rund 58 Millionen Fluggäste.

Noch größer waren nur Paris/Charles de Gaulle mit knapp 62 Millionen Passagieren und London/Heathrow mit über 72 Millionen Flugreisenden. Als zweiter deutscher Flughafen schaffte es München mit 39 Millionen Fluggästen in die Liste der zehn größten EU-Flughäfen.

Einen neuen Rekord gab es 2013 bei den Fluggastzahlen: EU-weit wurden insgesamt 842 Millionen Flugreisende gezählt, davon 181 Millionen in Deutschland.

(Quelle: eurostat)

Immer mehr ältere Menschen sind erwerbstätig

In den vergangenen Jahren hat die Erwerbstätigkeit älterer Menschen immer weiter zugenommen: Gingen im Jahr 2005 rund 28 Prozent der 60- bis 64-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nach, war 2013 bereits die Hälfte der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig.

Von den 65- bis 69-Jährigen, also Personen jenseits der Regelaltersgrenze, arbeiteten 2013 immerhin noch 13 Prozent. Im Jahr 2005 hatte dieser Anteil noch bei 6 Prozent gelegen. Männer und Frauen unterscheiden sich auch im fortgeschrittenen Alter in ihrer Erwerbstätigkeit:

Während 2013 von den 60- bis 64-jährigen Männern 57 Prozent erwerbstätig waren, waren es bei den Frauen nur 43 Prozent. Bei den 65- bis 69-Jährigen gingen 16 Prozent der Männer, aber nur 9 Prozent der Frauen einer Erwerbstätigkeit nach.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)